

Bautzen, den 17. Januar 2014

EinBlick

von und nach Berlin



Maria Michalk

Mitglied des
Deutschen Bundestages
direkt gewählte Abgeordnete der CDU im
Wahlkreis 156
(Bautzen 1)



Büro im Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 7 33 30

Fax: (030) 227 – 7 66 81

E-Mail: maria.michalk@bundestag.de

Wahlkreisbüro Bautzen

Hohengasse 16, 02625 Bautzen

Tel.: (03591) 35 12 05

Fax: (03591) 35 12 07

E-Mail: maria.michalk@wk.bundestag.de

Internet: www.maria-michalk.de

Sehr geehrte Damen und Herren,


das neue Jahr hat hoffentlich für Sie gut begonnen. Mögen Glück und Gesundheit ständige Begleiter in 2014 bleiben.

Heute berichte ich Ihnen von der ersten Sitzungswoche in diesem Jahr. Mit der Konstituierung der Arbeitsgruppen der Fraktionen und Ausschüsse hat die Parlaments- und Regierungsarbeit endlich begonnen. Ich bleibe Mitglied in den Ausschüssen Gesundheit, wo ich die Funktion der Obfrau für unsere Fraktion übernehme und im Ausschuss Arbeit und Soziales. Die Bundesregierung hat den Gesetzentwurf zur Rentenreform zur Abstimmung vorgelegt. Es ist vorgesehen, das Gesetzespaket bis zum 23. Mai zu verabschieden, damit es am 1. Juli 2014 in Kraft treten kann. Darin enthalten ist die abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren, wobei Zeiten der Arbeitslosenhilfe und Arbeitslosengeld II nicht angerechnet werden. Die zweite Säule des Gesetzes ist die ausgeweitete Anerkennung von Kindererziehungszeiten, die Mütterrente. Die dritte Säule sind die Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente und die vierte befasst sich mit der Erhöhung des Budget für Reha-Maßnahmen. Ich werde Sie über den Fortgang der Gesetzgebung informieren.

Erinnern möchte ich daran, dass jetzt im Januar mit der letzten Stufe der Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund die Kommunen noch einmal um 1,1 Mrd. Euro entlastet werden. Jährlich steht den Kommunen damit ein zusätzlicher Gestaltungsspielraum von 5 Mrd. Euro zur Verfügung. Der Bund zahlt diese Summe an die Länder. Die Länder sind verpflichtet, diese 1:1 an die Kommunen weiterzuleiten.

Wir erleben zur Zeit die Diskussion, der Bund finanziere die Schulsozialarbeit nicht weiter. Fakt ist, dass im Teilhabepaket eine befristete Anschubfinanzierung von 400 Mio. Euro für 3 Jahre vereinbart war. Jetzt müssen die Kommunen diese Aufgabe weiter selbst finanzieren. Diese Hintergründe müssen bekannt gemacht werden, um die öffentliche Diskussion objektiv führen zu können.

Ich wünsche Ihnen ein gutes Wochenende.

Ihre 

I. Die Woche im Parlament

1. OECD-Studie Pisa 2012: Schulische Bildung in Deutschland besser und gerechter. Wir debattieren im Plenum die erfreulichen Ergebnisse der fünften PISA-Studie der OECD, nach denen die geprüften deutschen Schüler klar über dem internationalen Durchschnitt liegen.
2. Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission. Die Europäische Kommission hat ihr Arbeitsprogramm für 2014 bereits im vergangenen Oktober veröffentlicht. Es sieht vier vorrangig zu behandelnde Themenbereiche vor: Neben der Wirtschafts- und Währungsunion stehen Initiativen zur Förderung von Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung im Vordergrund, auch mit Blick auf einen europäischen Rahmen für die Klima- und Energiepolitik. Weiterhin stellt die Kommission den Bereich der Sicherheits- und Justizpolitik in das Zentrum ihres Handelns. Schließlich legt sie eine außenwirtschaftliche und außenpolitische Handlungsagenda vor. Uns ist es ein besonderes Anliegen, dass dieses Arbeitsprogramm im Deutschen Bundestag und damit vor der breiten Öffentlichkeit diskutiert wird. Wir debattieren dieses Arbeitsprogramm unter besonderer Beachtung der Entwicklung in der Eurozone, der Arbeit an der Bankenunion sowie der Freizügigkeit in Europa. Auch die Frage, wie sich die Dienstleistungsfreiheit und die Gewährleistung von Sozialleistungen entwickeln können, spielt eine Rolle.
3. Jahresbericht 2012 (54. Bericht) des Wehrbeauftragten. Etwa 4.300 Eingaben vermeldet der 54. Bericht des Wehrbeauftragten. Diese Zahl ist nicht zuletzt Ausdruck vieler Probleme, die unsere Soldatinnen und Soldaten belasten. Allerdings werden die Tätigkeitsberichte des Wehrbeauftragten oft als reine Mängelberichte wahrgenommen, was jedoch weder der Stimmung in der Truppe noch der Leistungsfähigkeit unserer Streitkräfte insgesamt gerecht wird.
4. Wahl der Schriftführer gemäß § 3 der Geschäftsordnung. Zur Vervollständigung der Arbeitsfähigkeit des Parlaments wählten wir die für die Plenarsitzungen unerlässlichen Schriftführer. Ich wurde in diese Funktion auch wieder gewählt
5. Einsetzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums gemäß Artikel 45d des Grundgesetzes. Auf gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen beschließen wir die Einsetzung eines Gremiums zur Kontrolle der nachrichtendienstlichen Tätigkeit des Bundes und legen darüber hinaus die Zahl der Mitglieder des PKGr für die 18. Wahlperiode fest. Unsere Anregung, die Zahl der Mitglieder dieses Gremiums von 11 auf 9 zu verringern, wird von den anderen Fraktionen mitgetragen. Bei dieser Größe stellt unsere Fraktion 4 Mitglieder und die SPD-Fraktion 3 Mitglieder: Linke und Grüne stellen jeweils ein Mitglied.
6. Wahl der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates gemäß Artikel 1 und 2 des Gesetzes über die Wahl der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Der Bundestag

kann 18 ordentliche und ebenso viele stellvertretende Mitglieder in die Parlamentarische Versammlung des Europarates entsenden. Der Europarat besteht seit 1949 und ist damit die älteste europäische Organisation. Auf der Grundlage der Mehrheitsverhältnisse stellt unsere Fraktion in dieser Wahlperiode je 9 ordentliche und stellvertretende Mitglieder, die SPD-Fraktion je 5, Linke und Grüne jeweils 2 ordentliche und stellvertretende Mitglieder. Die neue Delegation wird am 27. Januar 2014 in Straßburg akkreditiert.

7. Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verstärkung der integrierten Luftverteidigung der NATO auf Ersuchen der Türkei und auf Grundlage des Rechts auf kollektive Selbstverteidigung (Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen) sowie des Beschlusses des Nordatlantikrates vom 4. Dezember 2012. Die Bundeswehr soll sich nach dem Vorschlag der Bundesregierung weiterhin mit bis zu 400 deutschen Soldaten in zwei Patriot-Flugabwehrstaffeln im türkisch-syrischen Grenzgebiet engagieren. Das Mandat „*Active Fence*“ schützt Teile der Türkei vor möglichen Raketen aus Syrien. Die Truppe ist nicht im unmittelbaren türkisch-syrischen Grenzgebiet stationiert, sondern in Kahramanmaras, rund 100 Kilometer nördlich der Grenze. Am Einsatz beteiligen sich auch die Niederlande und die USA. Es geht dabei in erster Linie um ein Zeichen der Solidarität mit dem NATO-Partner Türkei, der unmittelbar an die Konfliktregion angrenzt.
8. Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der NATO-geführten Operation ACTIVE ENDEAVOUR im gesamten Mittelmeer. Das zweite Mandat betrifft die NATO-geführte Operation „*Active Endeavour*“ im Mittelmeer. Es sieht eine von 700 auf 500 Soldaten reduzierte personelle Obergrenze vor und gilt bis zum 31. Dezember 2014. Derzeit nehmen allerdings keine deutschen Soldaten teil. Die Operation „*Active Endeavour*“ wurde durch die NATO-Mitgliedstaaten beschlossen, um im Mittelmeerraum einen Beitrag zur maritimen Terrorismusabwehr zu leisten. Diese Bedrohung wird derzeit jedoch als abstrakt bewertet. Deshalb wird sich der deutsche Beitrag künftig auf die Beteiligung an den ständigen maritimen Verbänden der NATO, an den Flügen der AWACS und auf den Austausch von Lagedaten beschränken. Deutschland setzt sich im Bündnis kontinuierlich dafür ein, die Einsatzgrundlagen von OAE auch konzeptionell an die tatsächliche Einsatzrealität anzupassen. Dazu wurden konkrete Vorschläge gemacht. Das Aufgabenspektrum der Operation soll sich danach auf See-raumüberwachung, Lagebilderstellung und regionale Zusammenarbeit beschränken. Die Bundesregierung wirbt hierfür intensiv unter den Bündnispartnern.

II. Daten und Fakten

1. Einzelhandelsumsatz nahm 2013 zu. Das Statistische Bundesamt schätzt auf der Grundlage der Zahlen von Januar bis November 2013, dass der Einzelhandelsumsatz im Jahr 2013 nominal zwischen 1,6 % und 1,8 % und inflationsbereinigt um 0,3 % bis 0,5 % zugenommen hat. Nach vorläufigen Ergebnissen wurde im Einzelhandel im November 2013 nominal 2,6 % mehr umgesetzt als im November des Vorjahres. Dabei lag die Anzahl der Verkaufstage so-

wohl im November 2012 als auch im November 2013 bei 26. Der Einzelhandel setzte im November 2013 im Vergleich zum Vorjahresmonat nominal 4,1 % mehr an Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren um. Bei Nicht-Lebensmitteln stieg der Umsatz um nominal 1,4 %. Während in Supermärkten, SB-Warenhäusern und Verbrauchermärkten der Umsatz nominal 4,4 % höher lag als im November 2012, konnte im Facheinzelhandel nur eine geringe Steigerung von nominal 0,2 % gemessen werden.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

2. Zahl der Erwerbstätigen erreicht weiteres Rekordhoch. Im Jahr 2013 waren durchschnittlich 41,78 Millionen Personen in Deutschland erwerbstätig, das entspricht einem Plus von 232.000 Personen oder 0,6 % im Vergleich zum Vorjahr. Die Zahl der Erwerbstätigen erreicht somit im siebten Jahr in Folge einen neuen Höchststand. Allerdings hat sich der Arbeitsplatzaufbau 2013 im Vergleich zu den Vorjahren insgesamt verlangsamt. Nach vorläufigen Schätzungen sank die Zahl der Erwerbslosen um 36.000 Personen auf 2,3 Millionen, was einer Erwerbslosenquote von 5,2 % im Jahresdurchschnitt entspricht. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte haben wie schon in den Vorjahren überproportional von den positiven Entwicklungen am Arbeitsmarkt profitiert. Die Zahl der Arbeitnehmer stieg um 0,8 % oder 297.000 Personen auf insgesamt 37,29 Millionen. Im Vergleich dazu sank die Zahl der Selbständigen, einschließlich mithelfender Familienangehöriger um 65.000 Personen auf 4,48 Millionen. Im Jahresdurchschnitt wuchs die Zahl der Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbranchen um 227.000 Personen, den größten Anteil hatten die unternehmensnahen Dienstleistungen, mit einem Anstieg von 122.000 Erwerbstätigen.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

III. Termine:

Einen Überblick der Termine finden Sie auf meiner Internetseite unter:

www.maria-michalk.de

Impressum:

- Wahlkreisinformationsdienst MdB Maria Michalk, Tel. 03591 – 35 12 05
- Wenn Sie aus dem Verteiler gestrichen werden wollen, teilen Sie das bitte mit unter maria.michalk@wk.bundestag.de.